



NEIN

zu teuren Verboten für die AHV und
Pensionskassen

zu Schäden für KMU und Arbeitsplätze

zur politischen Bevormundung
der Nationalbank

Medienkonferenz: 05. November 2020



Am 29. November

NEIN

zum Finanzierungs-Verbot der GSoA



Inhaltsverzeichnis

- Deckblatt
- Kontaktangaben Rednerinnen und Redner
- Medienmitteilung
- Redebeiträge
- Überparteiliches Komitee AG
- Initiativtext
- Sie sagen Nein

Rednerinnen und Redner

- ✗ Oliver Hunziker, Moderation GSoA Nein Aargau, 076 340 85 90
- ✗ Désiree Stutz, Fraktionspräsidentin SVP Aargau, 079 454 82 71
- ✗ Lukas Pfisterer, Präsident FDP AG und Grossrat, 076 468 49 91
- ✗ Yannick Berner, Unternehmer, 079 533 38 65
- ✗ Barbara Portmann, Fraktionspräsidentin GLP Aargau, 079 716 68 35
- ✗ Alfons Paul Kaufmann, Fraktionspräsident CVP Aargau, 079 209 35 10

Kampagnenlead CVP Aargau

Marianne Binder-Keller

Oliver Hunziker

Barbara Totzke

Isabell Landolfo

079 686 01 31

076 340 85 90

076 567 30 03

079 474 56 62

marianne.binder@parl.ch

info@oliver-hunziker.ch

info@cvp-aargau.ch

info@lkc.ch



Medienmitteilung, 05. November 2020

Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»

Am 29. November stimmt die Schweizer Bevölkerung über die Initiative der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» ab. Im Kanton Aargau hat sich ein überparteiliches Komitee aus CVP, SVP, FDP und glp gegen die Initiative formiert und anlässlich einer Pressekonferenz die Argumente dargelegt.

Die Initiative beinhaltet ein rigoroses Finanzierungs-Verbot für AHV, IV, EO, Pensionskassen, Stiftungen und der Nationalbank. Diesen wird die Finanzierung von Unternehmen untersagt, die mehr als 5% ihres Umsatzes mit der Herstellung von Rüstungsmaterial erwirtschaften. Der Bund muss sich auf nationaler und internationaler Ebene dafür einsetzen, dass die extremen Regulierungen auch für Banken und Versicherungen gelten. Die Initiative verdient ein klares Nein, sagt Oliver Hunziker, Mitglied der Parteileitung CVP Die Mitte Kanton Aargau.

Unabhängigkeit der Schweizerischen Nationalbank

Die Initiative führt politische Kriterien für die Anlage der Gelder der Nationalbank ein und gefährdet so ihre verfassungsmässige Unabhängigkeit. Die primäre Aufgabe der Nationalbank ist es für die Stabilität des Schweizer Frankens zu sorgen. Dafür braucht sie volle Handlungsfähigkeit und keine bürokratischen Verbote oder willkürliche Quoten, die sie in ihren Anlageentscheiden bevormunden. Die Initiative schadet dem Schweizer Franken.

Désiree Stutz, Fraktionspräsidentin SVP Aargau sagt: «Die Bundesverfassung - Art. 99 hält fest, dass die Schweizerische Nationalbank im Gesamtinteresse des Landes handelt. Weisungen und Verbote durch einzelne Gruppierungen gefährden die Unabhängigkeit.»

Auswirkungen auf KMU

Der Initiative liegt eine sehr weit gefasste Definition von «Kriegsmaterialproduzenten» zu Grunde. Darunter fallen sämtliche Unternehmen, die mehr als 5% ihres Jahresumsatzes mit der Herstellung von Rüstungsgütern erwirtschaften. Betroffen sind nicht nur grosse Rüstungskonzerne, sondern auch Schweizer KMU. Sie sind Zulieferer, die Alltagsprodukte, Einzelteile sowie Baugruppen für Rüstungsgüter herstellen. Ein wichtiger, grosser Auftrag von einem Rüstungsunternehmen macht solche Firmen plötzlich selbst zu «Kriegsmaterialproduzenten».

Kampagnenlead CVP Aargau

Marianne Binder-Keller
Oliver Hunziker
Barbara Totzke
Isabell Landolfo

079 686 01 31
076 340 85 90
076 567 30 03
079 474 56 62

marianne.binder@parl.ch
info@oliver-hunziker.ch
info@cvp-aargau.ch
info@lkc.ch



Lukas Pfisterer, Präsident und Grossrat FDP Aargau sagt: „Die 5% Schwelle der GSoA-Initiative ist willkürlich gewählt, KMU erhalten erschwert Zugang zu Krediten und dies kann Arbeitsplätze kosten».

Yannick Berner, Unternehmer, sagt: „Die GSoA-Initiative ist also ein weiterer frontaler Angriff auf den Werkplatz Schweiz und unseren Kanton als Produktionsstandort. Sie schadet unseren KMU und gefährdet unsere Arbeitsplätze.“

Negative Auswirkungen auf die AHV

Die GSoA-Initiative belegt AHV und Pensionskassen mit bürokratischen Auflagen und verteuert mit ihrer starren Quote die Geldanlage für unsere Altersvorsorge. Entweder beschränken AHV und Pensionskassen ihre Investitionen auf einzelne Firmen und mangels Vielfalt erhöht sich das Anlagerisiko oder sie überprüfen jedes Jahr Tausende von Unternehmen auf deren Umsatz mit Kriegsmaterial, wobei dies hohe Verwaltungskosten mit sich bringt.

Barbara Portmann, Fraktionspräsidentin GLP Aargau, sagt: „Unsere Altersvorsorge steht vor grossen Herausforderungen, die konkrete Vorgabe führt zu erscherten Bedingungen und sehr viel mehr Bürokratie.“

Kein Alleingang der Schweiz

Die Initiative ist auch ein weiterer Angriff der GSoA auf die Schweizer Armee. Zur Verteidigung unserer Souveränität ist sie auf Schweizer Lieferanten angewiesen. Weil die Schweiz keiner Verteidigungsallianz angehört, erhält sie im Notfall keine militärische Unterstützung aus dem Ausland. Sie braucht deshalb die entsprechenden Kompetenzen im Inland.

“Es ist bedenklich, wenn AHV, Pensionskassen und Nationalbank nicht mehr in Unternehmen investieren dürfen, die den Verfassungsauftrag der Verteidigung erfüllen, darum ein klares Nein zur wirkungslosen Initiative,“ sagt Alfons Paul Kaufmann, Fraktionspräsident CVP Aargau.

- ✗ Désiree Stutz, Fraktionspräsidentin SVP Aargau, 079 454 82 71
- ✗ Lukas Pfisterer, Präsident FDP AG und Grossrat, 076 468 49 91
- ✗ Yannick Berner, Unternehmer. gew. Grossrat FDP Aargau, 079 533 38 65
- ✗ Barbara Portmann, Fraktionspräsidentin GLP Aargau, 079 716 68 35
- ✗ Alfons Paul Kaufmann, Fraktionspräsident CVP Aargau, 079 209 35 10

Kampagnenlead CVP Aargau

Marianne Binder-Keller
Oliver Hunziker
Barbara Totzke
Isabell Landolfo

079 686 01 31
076 340 85 90
076 567 30 03
079 474 56 62

marianne.binder@parl.ch
info@oliver-hunziker.ch
info@cvp-aargau.ch
info@lkc.ch



Speaking notes

Es gilt das gesprochene Wort

Oliver Hunziker, Parteileitung CVP Die Mitte Kanton Aargau, Moderation und Einleitung

Sehr geehrte Damen und Herren
Sehr geehrte Medienschaffende

Ich darf Sie herzlich zur Medienkonferenz des überparteilichen Aargauischen Nein-Komitees gegen die GSoA-Initiative begrüßen und danke Ihnen für Ihre Anwesenheit.

Ich begrüße ebenfalls die Referentinnen und Referenten und danke ihnen für ihre Beiträge zum Thema.

Am 29. November stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung über die Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) und den Jungen Grünen ab. Die Initiative will die Finanzierung von Firmen die mehr als 5 % ihres Umsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial verdienen, unterbinden.

Die Fraktionspräsidentin der SVP, Frau Grossrätin Désiree Stutz, wird den Angriff auf die Unabhängigkeit der Nationalbank, den die Initiative vorsieht, klar zurückweisen.

FDP Kantonalpräsident Lukas Pfisterer nimmt Stellung zu den Auswirkungen auf die KMU. Der neu gewählte Grossrat der FDP Aargau Yannick Berner beschreibt die weiteren Konsequenzen für Schweizer Unternehmen.

Barbara Portmann, Fraktionspräsidentin der glp, geht auf die negativen Auswirkungen der Initiative auf unsere Sozialwerke ein.

Und last but not least wird Alfons Paul Kaufmann, Fraktionspräsident der CVP Die Mitte abschliessend die Gefahren eines Alleinganges der Schweiz darlegen.

Kampagnenlead CVP Aargau
Marianne Binder-Keller
Oliver Hunziker
Barbara Totzke
Isabell Landolfo

079 686 01 31
076 340 85 90
076 567 30 03
079 474 56 62

marianne.binder@parl.ch
info@oliver-hunziker.ch
info@cvp-aargau.ch
info@lkc.ch



Désiree Stutz, Fraktionspräsidentin SVP Aargau

Unabhängige Nationalbank

Die Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) wurde 1982 gegründet. Seither verfolgt sie ein einziges Ziel: Der Name verrät es, die GSoA will die Armee abschaffen. Damit gefährdet sie die Sicherheit der Schweiz. An der Urne sprach sich die Schweizer Bevölkerung schon mehrfach und in aller Deutlichkeit gegen dieses Vorhaben aus. Sämtliche Initiativen der Armeegegner blieben chancenlos. Aufgeben werden sie nie. Diese Initiative ist ein neuer Versuch in einer neuen Verpackung.

Die Initianten behaupten, dass wir eine ungenügende Gesetzesregelung im Umgang mit Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten haben. Das ist falsch. Wir haben ein Kriegsmaterialgesetz und dieses enthält ein Verbot der Finanzierung von verbotenem Kriegsmaterial, d.h. Atomwaffen, biologischen und chemischen Waffen, Streumunition und Antipersonenminen. Dieses Verbot hat sich bewährt und ist unbestritten.

Die Initiative stellt nun eine Verbindung zwischen Kriegsmaterialproduzenten und der Schweizerischen Nationalbank her; damit liegt ein Angriff nicht nur auf die Armee, sondern auch auf die Schweizerische Nationalbank vor.

Die Schweizerische Nationalbank muss gemäss Bundesverfassung unabhängig sein. Sie darf weder vom Bundesrat noch von der Bundesversammlung oder von anderen Stellen Weisungen einholen oder entgegennehmen. Nur so garantiert sie eine unabhängige Geldpolitik. Angesichts der Corona-Krise und der stark gebeutelten Weltwirtschaft gewinnt der Schweizer Franken an Wert und es ist umso dringlichere Aufgabe der Schweizerischen Nationalbank, für die Stabilität des Schweizer Frankens und damit der Schweizer Wirtschaft zu sorgen. Dafür ist sie auf volle Handlungsfähigkeit angewiesen. Deshalb investiert sie breit, marktschonend und so marktneutral wie möglich.

Kampagnenlead CVP Aargau

Marianne Binder-Keller

Oliver Hunziker

Barbara Totzke

Isabell Landolfo

079 686 01 31

076 340 85 90

076 567 30 03

079 474 56 62

marianne.binder@parl.ch

info@oliver-hunziker.ch

info@cvp-aargau.ch

info@lkc.ch



Eines der wichtigsten Elemente, um Risiken zu minimieren, stellt eine breite Diversifikation der Anlagen dar. Die starre und willkürliche 5%-Regelung, wie die Initiative sie vorsieht, führt aber dazu, dass in viele Unternehmungen nicht mehr investiert werden darf; selbst wenn diese einen Grossteil ihres Umsatzes gerade nicht mit Kriegsmaterial erwirtschaften.

Somit werden marktneutrale Investitionen verunmöglicht und es besteht die Gefahr der Marktverzerrung, nachdem sich der Wert einzelner Unternehmen durch die Anlagen der Schweizerischen Nationalbank verändern könnte. Überdies würde die Einhaltung der Vorschriften einen grossen bürokratischen Aufwand für die Nationalbank bedeuten.



Ethisches Anlegen lässt sich nicht in die starre GSoA-Quote pressen.

Ethisches Anlegen wird immer wichtiger. Es gibt schon heute Finanzinstrumente, die bestimmte Rüstungsfirmen ausschliessen. **Allerdings braucht die nachhaltige Finanzierung keine willkürlichen Quoten, sondern klare Kriterien, auf die sich Anleger und Sparer tatsächlich stützen können.**

Kampagnenlead CVP Aargau
Marianne Binder-Keller
Oliver Hunziker
Barbara Totzke
Isabell Landolfo

079 686 01 31
076 340 85 90
076 567 30 03
079 474 56 62

marianne.binder@parl.ch
info@oliver-hunziker.ch
info@cvp-aargau.ch
info@lkc.ch



Lukas Pfisterer, Präsident FDP AG und Grossrat Auswirkungen auf KMU

Die Initiative gefährdet nicht nur die Unabhängigkeit der Nationalbank und unsere Vorsorgegelder. Sie schwächt auch willkürlich KMU und gefährdet Arbeitsplätze.

Die Initiative gefährdet KMU. Die Initiative trifft alle kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die mehr als 5% ihres Umsatzes in irgendeiner Form von Rüstung erwirtschaften. Sie sind auch betroffen, wenn sie 94% ihres Umsatzes mit Gütern des Alltags für uns als Gesellschaft erwirtschaften. Die Initiative greift damit viele spezialisierte KMU an, die auch Einzelteile oder Baugruppen an grössere Rüstungsunternehmen liefern. Damit sind nicht nur Maschinen- und Elektrounternehmen betroffen, sondern beispielsweise ein Fensterhersteller, dessen Fenster auch in Flugzeugcockpits eingebaut werden oder ein Hersteller von Präzisionsmechanik, dessen Produkte grösstenteils in Kaffee-Maschinen verbaut werden, und auch in Flugzeugen.

Die Initiative ist willkürlich: Die Schwelle von 5% beim Umsatz der Kriegsmaterialproduktion ist willkürlich. Da dieser Schwellenwert je nach Auftragslage von Jahr zu Jahr schwanken kann, bringt dies spezialisierte KMU, die nur einzelne Teile an die Rüstungsindustrie liefern, unweigerlich in eine schwierige Situation. Die Initiative schürt Unsicherheit. Zudem haben die Initianten nicht bedacht, dass viele dieser KMU primär Güter produzieren, die auch in der Zivilgesellschaft Verwendung finden. Die Herstellung dieser Güter würde mit dem Finanzierungsverbot ebenfalls verhindert. Die Initiative gefährdet damit Arbeitsplätze.

Die FDP ist gegen die Initiative, weil sie erstens der SNB schadet, zweitens die AHV und Pensionskassen schwächt, und drittens die KMU gefährdet und damit Arbeitsplätze aufs Spiel setzt.

Kampagnenlead CVP Aargau
Marianne Binder-Keller
Oliver Hunziker
Barbara Totzke
Isabell Landolfo

079 686 01 31
076 340 85 90
076 567 30 03
079 474 56 62

marianne.binder@parl.ch
info@oliver-hunziker.ch
info@cvp-aargau.ch
info@lkc.ch



Yannick Berner, Unternehmer Konsequenzen für KMU

Es ist allen klar, dass weltweit tätige Grossunternehmen, wie die Ruag, Rheinmetall, Airbus oder Boeing von der Initiative betroffen sind. Auf den ersten Blick aber nicht klar ersichtlich ist, dass effektiv viel mehr Unternehmen betroffen sind. Denn die 5-Prozent-Klausel trifft eben nicht nur die Rüstungsproduzenten selbst, sondern auch zahlreiche Zulieferfirmen der ersten und zweiten Stufe. Und das sind KMU! Wie viele dies sind, konnte Bundesrat Guy Parmelin in der Ratsdebatte zum Geschäft nicht sagen. Swissemem, der Verband MEM Firmen (so wie unser Familienunternehmen, der URMA AG in Rapperswil), hat daher nachgerechnet und kommt zum Schluss, dass mittelfristig rund 3000 Firmen in der Schweiz direkt von einem Finanzierungsverbot betroffen sein könnten.

Die Initianten bestreiten, dass Schweizer KMUs flächendeckend vom geforderten Finanzierungsverbot betroffen wären, da die grossen institutionellen Anleger sowieso nicht in solche Firmen investieren würden. Das ist falsch. Viele Pensionskassen investieren auch in Small- und Mid-Cap-Fonds, die genau solche Aktien von kleineren und mittleren Schweizer Unternehmen enthalten.

Und dieses Finanzierungsverbot für die erwähnten institutionellen Anleger wäre nur ein erster Schritt. Gemäss Art. 107a Abs. 4 der GSoA-Initiative muss sich der Bundesrat nämlich national und international dafür einsetzen, dass das Finanzierungsverbot zukünftig für den gesamten Finanzplatz gilt. Es soll den Geschäftsbanken also mittelfristig untersagt werden, Kredite für Firmen zu sprechen, die die 5-Prozent-Quote erreichen.

Kampagnenlead CVP Aargau
Marianne Binder-Keller
Oliver Hunziker
Barbara Totzke
Isabell Landolfo

079 686 01 31
076 340 85 90
076 567 30 03
079 474 56 62

marianne.binder@parl.ch
info@oliver-hunziker.ch
info@cvp-aargau.ch
info@lkc.ch



Und diese Quote ist in der MEM Branche schneller erreicht als man denkt. Denn die Zusammensetzung der Umsätze variieren jährlich, je nach Aufträge relativ stark. Gerade im heutigen Marktumfeld kann es sein, dass eine Zulieferfirma, die beispielsweise Präzisionsmechanik herstellt, weniger Umsatz mit Kunden aus der Uhren- und Medtechbranche generiert, gleichzeitig aber stabile Auftragseingänge von Rüstungsfirmen oder Flugzeugherstellern hat und so über die 5-Prozent Schwellenwert kommt. Das hat zur Folge, dass betroffene Firmen über Jahre von Geldgebern gemieden werden und den ihnen wichtige Finanzierungsmittel wie Kredite für Investitionen in den Werkplatz oder sogar Kontokorrent für die operative Tätigkeit fehlen.

Die GSoA-Initiative ist also ein weiterer frontaler Angriff auf den Werkplatz Schweiz und unseren Kanton als Produktionsstandort. Sie schadet unseren KMU und gefährdet unsere Arbeitsplätze. Aus Unternehmer-Sicht ist es ein klarer Fall: NEIN am 29. November.

Schweizer KMU werden kriminalisiert

Die starre GSoA-Quote macht aus sehr vielen Unternehmen «Kriegsmaterialproduzenten». Ausgerechnet KMU, die das Rückgrat unseres Wohlstands bilden, sind die Leidtragenden. Ihnen wird Zugang zu Krediten massiv erschwert oder ganz verwehrt. Dass die KMU in erster Linie Alltagsprodukte herstellen, lässt das Finanzierungs-Verbot ausser Acht.



Vom Finanzierungs-Verbot besonders betroffen sind KMU. Die GSoA-Initiative dreht ihnen den Geldhahn zu. Das kostet Arbeitsplätze.

Kampagnenlead CVP Aargau
Marianne Binder-Keller
Oliver Hunziker
Barbara Totzke
Isabell Landolfo

079 686 01 31
 076 340 85 90
 076 567 30 03
 079 474 56 62

marianne.binder@parl.ch
 info@oliver-hunziker.ch
 info@cvp-aargau.ch
 info@lkc.ch



Barbara Portmann Grossrätin & Fraktionspräsidentin GLP Aargau - Negative Auswirkungen auf die Altersvorsorge

Das Finanzierungs-Verbot der GSoA verteuert die Geldanlage für unsere Altersvorsorge. Sie wirft die bewährten Anlagestrategien der staatlichen und beruflichen Vorsorge über den Haufen. AHV und Pensionskassen müssen ihre Anlage an der starren 5 Prozent-Quote ausrichten. Entweder beschränken sie ihre Investitionen auf einzelne Firmen oder sie überprüfen jedes Jahr Tausende von Unternehmen auf deren Umsatz mit Rüstungsmaterial. Die Folge: Das Anlagerisiko wird erhöht, die Verwaltungskosten steigen. Unsere Altersvorsorge steht ohnehin vor grossen Herausforderungen. Sie darf nicht noch zusätzlich durch bürokratische Verbote belastet werden.

Gerade die Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge, namentlich die Pensionskassen und der Ausgleichsfonds der AHV/IV/EO, müssten bei einer Annahme der Initiative von ihrer heute bereits auf ethische Grundsätze ausgelegten Anlagestrategie in gut diversifizierte Fonds absehen und gegebenenfalls in stark eingeschränkte Anlageprodukte oder Einzeltitel investieren.

Je nach Anlagestrategie ist eine ungenügende Streuung der Anlagen mit einem stark erhöhten Anlagerisiko zu befürchten oder wäre aufgrund eines zusätzlichen Verwaltungsaufwands mit hohen Kosten verbunden. Beides würde sich negativ auf die Anlagevermögen (namentlich die Vorsorgegelder der Pensionskassen oder die Vermögen der Ausgleichsfonds der AHV/IV/EO) auswirken.

Kampagnenlead CVP Aargau
Marianne Binder-Keller
Oliver Hunziker
Barbara Totzke
Isabell Landolfo

079 686 01 31
076 340 85 90
076 567 30 03
079 474 56 62

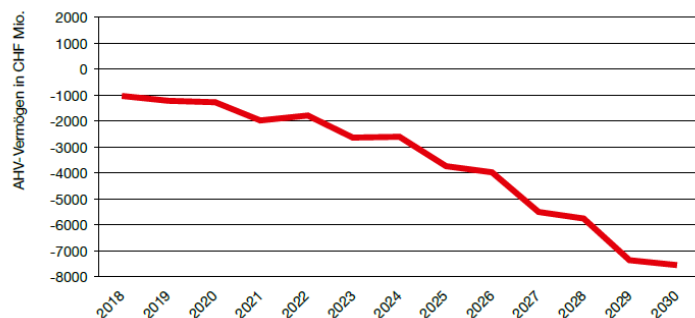
marianne.binder@parl.ch
info@oliver-hunziker.ch
info@cvp-aargau.ch
info@lkc.ch



Auch für Pensionskassenverantwortliche sowie für die Verantwortlichen des AHV-Fonds, Compenswiss, hätte dies einschneidende Konsequenzen. Diese stehen im Spannungsfeld, die Gelder unter den Aspekten der Sicherheit, eines genügenden Ertrags, der Diversifikation der Risiken und einer genügenden Liquidität anzulegen. Beides würde sich negativ auf die Anlagevermögen auswirken, namentlich auf die Vorsorgegelder der Pensionskassen oder das Vermögen des AHV-Ausgleichsfonds, und das träfe nicht nur die KMU, sondern auch alle Versicherten der AHV sowie der Pensionskassen.

Diese Initiative gefährdet unsere AHV, deshalb Nein zum Finanzierungs-Verbot der GSoA am 29. November.

AHV-Vermögen sinkt



Quelle: BSV-Perspektiven Juni 2018

Bis 2030 rechnet der Bund mit einem Loch in der AHV-Kasse von rund 8 Milliarden Franken. Die GSoA-Initiative belastet die AHV zusätzlich.

Kampagnenlead CVP Aargau
Marianne Binder-Keller
Oliver Hunziker
Barbara Totzke
Isabell Landolfo

079 686 01 31
 076 340 85 90
 076 567 30 03
 079 474 56 62

marianne.binder@parl.ch
 info@oliver-hunziker.ch
 info@cvp-aargau.ch
 info@lkc.ch



Alfons Paul Kaufmann Grossrat & Fraktionspräsident CVP Aargau - Kein Alleingang der Schweiz

Unser Land ist souverän und neutral. Die Schweiz gehört weder einer Verteidigungsallianz an noch hat sie Anspruch auf militärische Unterstützung durch andere Staaten. Deshalb ist die Schweiz darauf angewiesen, selbst über Kompetenzen bei der Herstellung von Rüstungsgütern und Knowhow aus dem Sicherheitsbereich zu verfügen. Ansonsten muss die Ausrüstung im Ausland beschafft werden. Die Schweiz macht sich abhängig. Das ist gefährlich. Denn auf Importe kann man sich in Krisenzeiten nicht verlassen. Das hat die Corona-Krise deutlich gezeigt. Internationale Lieferkette können sehr schnell unterbrochen werden. Eine wirksame Schweizer Armee ist auf inländisches Wehrtechnik-Knowhow angewiesen.

Es sind eben gerade auch solche mittelgrossen Unternehmen, die von dieser Initiative betroffen sind. Für diese Firmen würde eine Annahme der Initiative zu grossen Problemen führen.

1. Sie könnten nicht mehr in die Weiterentwicklung ihrer Produkte und ihres Standortes investieren, da sie keine Kredite mehr von Schweizer Banken erhalten. Die Finanzierung via Banken im Ausland steht ihnen zwar auch nach Annahme der Initiative offen. Doch das ist teuer und riskant: Ausländische Kredite sind mit hohen Gebühren verbunden. Und die Firmen tragen das Wechselkursrisiko. Mit dem starren Finanzierungsverbot dreht die GSoA vielen Schweizer Firmen den Geldhahn faktisch zu.

So sind ausgerechnet die KMU, die das Rückgrat unseres Wohlstands bilden, die Leittragenden der GSoA-Initiative. Während internationale Grosskonzerne der Rüstungsindustrie die Möglichkeit haben, auf eine Finanzierung aus dem Ausland auszuweichen, können sich das viele KMU nicht leisten.

Kampagnenlead CVP Aargau
Marianne Binder-Keller
Oliver Hunziker
Barbara Totzke
Isabell Landolfo

079 686 01 31
076 340 85 90
076 567 30 03
079 474 56 62

marianne.binder@parl.ch
info@oliver-hunziker.ch
info@cvp-aargau.ch
info@lkc.ch



2. Dazu kommt, dass die Schweizerische Nationalbank, Stiftungen und die Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge ihre Firmenanteile nicht mehr halten dürften. Bewährte und sichere Anlagestrategien, die bereits ethischen Richtlinien verpflichtet sind, müssten aufgegeben werden. Unsere Altersvorsorge würde also massiv leiden!
3. Die Initiative schafft Abgrenzungsprobleme und verursacht Rechtsunsicherheit. Dass viele betroffene Unternehmen auch Alltagsprodukte herstellen, lässt das Finanzierungsverbot ausser Acht. Wie in den oben erwähnten Beispielen ersichtlich handelt es sich bei Herstellern von Rüstungsgütern oft um Mischkonzerne, die auch im Bereich ziviler Güter tätig sind.

Ein solches Finanzierungsverbot auf internationaler Ebene ist nicht realistisch. Weder im Rahmen der Vereinten Nationen noch in anderen internationalen Gremien besteht der Wille für entsprechende Bestrebungen, und eine Umsetzung eines solchen Verbots durch andere Staaten mit einer grossen Industrie ist sehr unwahrscheinlich. Aus diesem Grund bliebe das globale Angebot an Rüstungsgütern auch nach einer Annahme der Initiative unverändert. Eine Annahme der Initiative bliebe in der Folge wirkungslos und würde weder zu einer friedlicheren Welt noch zu weniger Fluchtursachen führen. Trotzdem müsste die Schweiz die wirtschaftlichen Konsequenzen tragen. Deshalb ein NEIN zu einer wirkungslosen und abschottenden Initiative.



Kampagnenlead CVP Aargau
Marianne Binder-Keller
Oliver Hunziker
Barbara Totzke
Isabell Landolfo

079 686 01 31
076 340 85 90
076 567 30 03
079 474 56 62

marianne.binder@parl.ch
info@oliver-hunziker.ch
info@cvp-aargau.ch
info@lkc.ch



NEIN zu teuren Verboten für AHV- und Pensionskassen

NEIN zu Schäden für KMU und Arbeitsplätze

NEIN zur politischen Bevormundung der Nationalbank

Co-Präsidium Aargauisches überparteiliches Komitee «NEIN zur GSoA-Initiative»

- ✗ Marianne Binder-Keller, Präsidentin CVP Aargau, Nationalrätin, Baden
- ✗ Alfons Paul Kaufmann, Grossrat CVP, Fraktionspräsident, Wallbach
- ✗ Marianne Wildi, AIHK-Präsidentin
- ✗ Beat Hiller, Präsident GLP Aargau, Lenzburg
- ✗ Barbara Portmann-Müller, Grossrätin GLP, Fraktionspräsidentin, Lenzburg
- ✗ Andreas Glarner, Präsident SVP Aargau, Nationalrat, Oberwil-Lieli
- ✗ Désirée Stutz, Fraktionspräsidentin, Möhlin
- ✗ Lukas Pfisterer, Präsident FDP. Die Liberalen Aargau, Aarau

Kontaktangaben

Barbara Totzke
Leiterin Kantonalsekretariat CVP Aargau
Laurenzenvorstadt 79
5000 Aarau
Telefon: 056 222 97 97
Mobile 076 567 30 03
Mail: info@cvp-aargau.ch

www.cvp-aargau.ch
Facebook: [fb.me/cvpaargau](https://www.facebook.com/cvpaargau)
Twitter: [@CVPAargau](https://twitter.com/CVPAargau)

Kampagnenlead CVP Aargau

Marianne Binder-Keller
Oliver Hunziker
Barbara Totzke
Isabell Landolfo

079 686 01 31
076 340 85 90
076 567 30 03
079 474 56 62

marianne.binder@parl.ch
info@oliver-hunziker.ch
info@cvp-aargau.ch
info@lkc.ch



Eidgenössische Volksinitiative 'Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten'

Die Bundesverfassung¹ wird wie folgt geändert:

Art. 107a Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten

¹ Der Schweizerischen Nationalbank, Stiftungen sowie Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge ist die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten untersagt.

² Als Kriegsmaterialproduzenten gelten Unternehmen, die mehr als fünf Prozent ihres Jahresumsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erzielen. Davon ausgenommen sind Geräte zur humanitären Entminung sowie Jagd- und Sportwaffen und deren zugehörige Munition.

³ Als Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten gelten:

- a. die Gewährung von Krediten, Darlehen und Schenkungen oder vergleichbaren finanziellen Vorteilen an Kriegsmaterialproduzenten;
- b. die Beteiligung an Kriegsmaterialproduzenten und der Erwerb von Wertschriften, die durch Kriegsmaterialproduzenten ausgegeben werden;
- c. der Erwerb von Anteilen an Finanzprodukten, wie kollektiven Kapitalanlagen oder strukturierten Produkten, wenn diese Finanzprodukte Anlageprodukte im Sinne von Buchstabe b enthalten.

⁴ Der Bund setzt sich auf nationaler und internationaler Ebene dafür ein, dass für Banken und Versicherungen entsprechende Bedingungen gelten.

Art. 197 Ziff. 12²

12. Übergangsbestimmung zu Art. 107a (Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten)

¹ Treten innerhalb von vier Jahren nach Annahme von Artikel 107a durch Volk und Stände die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen nicht in Kraft, so erlässt der Bundesrat die nötigen Ausführungsbestimmungen auf dem Verordnungsweg; diese gelten bis zum Inkrafttreten der gesetzlichen Bestimmungen.

² Nach Annahme von Artikel 107a durch Volk und Stände dürfen keine neuen Finanzierungen gemäss Artikel 107a mehr getätigt werden. Bestehende Finanzierungen müssen innerhalb von vier Jahren abgestossen werden.

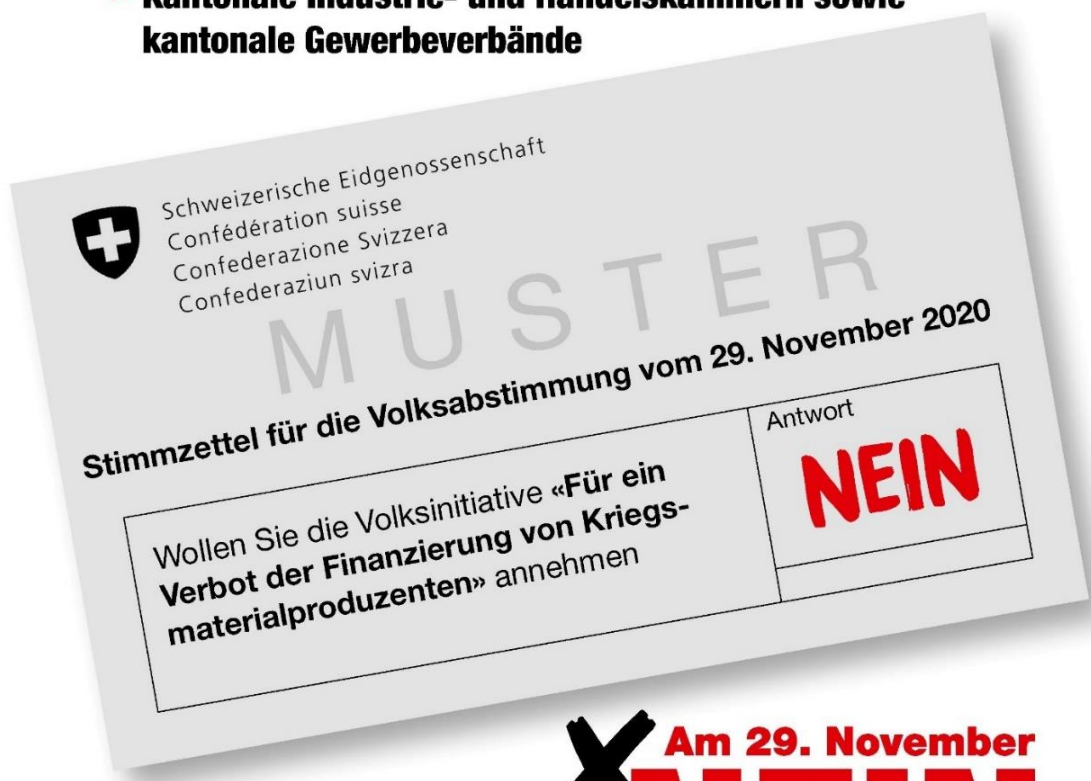
Kampagnenlead CVP Aargau
Marianne Binder-Keller
Oliver Hunziker
Barbara Totzke
Isabell Landolfo

079 686 01 31
076 340 85 90
076 567 30 03
079 474 56 62

marianne.binder@parl.ch
info@oliver-hunziker.ch
info@cvp-aargau.ch
info@lkc.ch

Sie sagen NEIN

- ~~X~~ **Bundesrat**
- ~~X~~ **National- und Ständerat**
- ~~X~~ **CVP, FDP, SVP und Grünliberale**
- ~~X~~ **economiesuisse, Arbeitgeberverband, Swissmem, Swissmechanics, Schweizerischer Versicherungsverband, SwissBanking, Pensionskassenverband**
- ~~X~~ **Schweizerischer Verband für Seniorenfragen**
- ~~X~~ **Kantonale Industrie- und Handelskammern sowie kantonale Gewerbeverbände**



~~X~~ **Am 29. November**
NEIN
 zum Finanzierungs-Verbot der GSoA

www.GSoA-nein.ch
 Komitee gegen GSoA-Initiative

Kampagnenlead CVP Aargau
Marianne Binder-Keller
Oliver Hunziker
Barbara Totzke
Isabell Landolfo

079 686 01 31
 076 340 85 90
 076 567 30 03
 079 474 56 62

marianne.binder@parl.ch
 info@oliver-hunziker.ch
 info@cvp-aargau.ch
 info@lkc.ch